

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Eva Gottstein

Abg. Manfred Ländner

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Katharina Schulze

Abg. Ingrid Heckner

Abg. Dr. Florian Herrmann

Staatsminister Joachim Herrmann

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER**

**"Polizei am Limit - die Staatsregierung muss handeln!"**

Die Regeln der Aktuellen Stunde brauche ich nicht im Einzelnen vorzutragen. – Erste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich sehe die Zeit. Ich weiß, ich habe Herrn Bocklet hinter mir.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Und Ihre Fraktion vor sich.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Das ist manchmal schon besser als hinter sich.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der eigenen Fraktion und aus den anderen Fraktionen! Eine ganz einfache Frage, der Morgenstunde angepasst; Sie müssen dabei noch nicht viel denken. Als Sie diesen Montag oder Dienstag Ihren Koffer für die Sitzungswoche hier in München gepackt haben, wussten Sie da, wann Sie wieder nach Hause kommen würden? Konnten Sie Ihren Partner, Ihrer Partnerin und Ihren Kindern sagen, wann Sie wieder da sein werden?

(Zurufe: Nein!)

Wussten Sie, wie viel Kleidung Sie einpacken müssen, um für die Zeit, in der Sie nicht zu Hause sind, immer etwas zum Wechseln zu haben? Haben Sie Arzttermine, Behördengänge und andere private Termine so gelegt, dass Sie sie wahrnehmen können, wenn Sie wieder daheim sind? Ich weiß, auch bei Politikern gibt es Unregelmäßigkeiten.

(Zurufe: Oh! – Weitere Zurufe)

– Ich denke, wir haben ein ernstes Thema vor uns. Im Normalfall jedenfalls haben Sie diese Fragen beantworten können.

Unsere Bereitschaftspolizei kann das momentan nicht. Es sind Selbstverständlichkeiten im täglichen Leben, die wir unserer Bereitschaftspolizei momentan – nicht für einen Zeitraum von drei, vier Wochen, sondern für einen längeren Zeitraum, das ganze Jahr und seit dem G-7-Gipfel gehäuft – nicht zugestehen. Die Bereitschaftspolizei hat zwei Aufgaben: die Unterstützung anderer Teile der Polizei und die Ausbildung künftiger Polizistinnen und Polizisten.

Wie schaut die Wirklichkeit momentan aus? - Die Vorschrift besagt: ein einsatzfreies Wochenende pro Monat für jeden Einsatzzug. Wie schaut die Realität aus? - Die Vorschrift wird nicht mehr eingehalten. Manche Polizistinnen und Polizisten – wir haben die Pläne – sind inzwischen gehäuft bis zu elf Wochenenden nicht zu Hause. Vorschrift: ein verbindlicher 14-Tage-Einsatzplan für jeden Einsatzzug. Die Praxis: fast täglich neue Planung, keine Planungssicherheit mehr für die Beamten für private und familiäre Angelegenheiten.

Das ist der Grund, warum wir eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema einberufen haben; denn wir glauben, so geht es nicht weiter. Für die Bereitschaftspolizei ist ganz klar der Landtag zuständig, und wir haben eine Fürsorgepflicht. Die Beamten und Beamtinnen sind am Limit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Woher kommen die Probleme? Es gibt zu wenige Bundespolizisten und zu wenig Bereitschaftspolizei in den anderen Bundesländern. Das ist uns klar. Deswegen müssen bayerische Polizeibeamte – trotz der nicht mehr zu bewältigenden Lage in Bayern; wir haben es gehört – nach wie vor bei Großveranstaltungen, Demonstrationen und Fußballspielen außerhalb Bayerns helfen. Für die anderen Bundesländer rechnet es sich

anscheinend, dass sie ihre Bereitschaftspolizei abgebaut haben. Aber unser Freistaat – im Konkreten: die Bayerische Staatsregierung – trägt das mit. Oft wird vergessen, dass die CSU diese Regierung stellt.

Ich komme zu einem weiteren Problempunkt. Es reicht nicht aus, einfach mehr Polizisten in Aussicht zu stellen. Dazu bedarf es zum einen entsprechender Ausbildungsseminare. Zum anderen sind die Stellen zu etatisieren. Wir wollen das heute wieder zum Thema machen. Es ist bereits in der dritten Legislaturperiode in Folge unser Anliegen, für jede Hundertschaft die Etatisierung zu erreichen und sie nicht quasi "mitlaufen" zu lassen.

Ferner erreichen viele Polizeizüge nicht mehr die notwendige Größe. Die einen Kollegen sind krank, die anderen müssen endlich Urlaub nehmen. Dies hat zur Folge, dass letztlich immer dieselben Polizisten unterwegs sind. Wenn man sich mit ihnen unterhält, hört man von vielen – das ist nicht zum Lächeln –: Wir können nicht mehr, unsere Familien machen nicht mehr mit.

Auch wir freuen uns natürlich, wenn 500 zusätzliche Polizeidienstanwälter in Aussicht gestellt werden. Das ist dringend notwendig. Allerdings ist momentan nirgendwo im Haushalt erkennbar, woher das Personal kommen soll. Um die Ausbildung zu ermöglichen, müssen Kollegen aus dem Einsatz abgezogen werden, was die Personalsituation weiter verschärft. Auch für dieses Problem müssen kreative Lösungen gesucht werden.

Wir fordern eine Etatisierung der Ausbildungseinheiten. Die angestrebten Ausbildungszahlen müssen endlich die Realität widerspiegeln. Dazu gehört eine deutliche Erhöhung des ausgewiesenen Lehrpersonals.

Wir fordern eine Erhöhung der Basisgröße der Einsatzzüge.

Herr Innenminister, Sie spucken oft – manchmal können wir sagen: Gott sei Dank! – große Töne. Spucken Sie sie in diesem Zusammenhang bitte auch den anderen Bun-

desländern gegenüber! Dann müssen Sie halt Ihre Drohkeule auspacken und sagen: So nicht! Momentan sind deutlich weniger Einsätze bayerischer Polizeibeamter in anderen Bundesländern möglich. Fordern Sie umgekehrt von den anderen Bundesländern verstärkt polizeiliche Unterstützung bei Fußballspielen, Demonstrationen usw. in Bayern an, sodass nicht alles auf dem Rücken der bayerischen Beamten und Beamtinnen ausgetragen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Treten Sie in der EU stärker auf! Diese Forderung richtet sich nicht nur an den Ministerpräsidenten, sondern an die gesamte Bayerische Staatsregierung. Wenn wir keine EU-weite Absprache wegen der Flüchtlinge zustande bekommen, dann können von anderer Seite auch keine Vorschriften gemacht werden, wie die bayerische Polizei ihre Schicht- bzw. Arbeitszeitmodelle auszugestalten hat.

Lösen Sie die technischen Probleme! Ich bin erschrocken, dass ich auf meine Anfrage vom 30. September 2015 erfahren habe, dass bei der Registrierung im Prinzip doppelte Arbeit geleistet wird. Die Staatsregierung schreibt in ihrer Antwort:

Eine Schnittstellenproblematik resultiert aus den unterschiedlichen Systemen des Bundes und der Länder und datenschutzrechtlichen Vorschriften. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat den Bund mit Beschluss vom 24.09.2015 aufgefordert, hierzu eine Lösung zu erarbeiten.

Jahrelang arbeiten Institutionen nebeneinander her. Das kostet Personal. Vor einem Monat kommt die Staatsregierung darauf, dass dieser Zustand geändert werden müsse.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir entnehmen dem Haushalt, dass das Personal auch in den Koordinierungsstellen und der Stabsstelle erhöht wird. Wir bitten Sie darum, es nicht zu einer "Verkopfung" kommen zu lassen. Sie dürfen die Basis nicht vergessen.

Wir reden oft mit Polizisten; wir wissen, Sie auch: Polizei – das ist ein Job fürs Leben. Wir müssen sehr gut aufpassen und dürfen die jungen Polizisten nicht gleich nach der Ausbildung verheizen. Das passiert jedoch momentan. Es gibt ein Leben neben dem Beruf – auch für Polizeibeamte. Sie haben Anspruch auf planbare Freizeit und auf ein Familienleben. Unsere Verteidigungsministerin wird für ihren Ansatz, die Familien der Soldaten nicht zu vergessen, oft belächelt. Man hört oft, nun passe die Bundeswehr schon auf die Kinderchen auf. Das ist aber der richtige Weg, wenn wir gute Leute in solchen Positionen haben wollen. Dieser Aspekt wird in der Polizei momentan vernachlässigt. Auch ich sage Ihnen: Die Familien machen das nicht lange mit. Die Belastung wirkt sich auf die Kinder und die Partner aus. Das ist nicht Ausdruck der Fürsorge eines Staates für seine Beamtinnen und Beamten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir fordern von der privaten Wirtschaft, dafür zu sorgen, dass Väter und Mütter Familie und Beruf vereinbaren können. Wir selbst werden diesem Anspruch im Bereich der Polizei in keiner Weise gerecht.

Wenn man mit Polizeivertretern spricht, stellt man fest, dass sie nicht sofort losjammern. Man hört vielmehr: Wir sind dazu da, Lösungen zu suchen, Jammern ist nicht unser Job. – Aber es ist die Aufgabe unseres Staates, unserer Regierung und des Bayerischen Landtages, dafür zu sorgen, dass die Beamten ihrer Arbeit, die für die meisten Berufung ist, unter den richtigen Rahmenbedingungen nachgehen können. Wir sind dafür verantwortlich; denn diese Leute sorgen dafür, dass unsere Sicherheit – nach wie vor die Basis unseres materiellen und ideellen Wohlstandes – garantiert ist.

Ich danke an dieser Stelle nochmals allen, die sich so intensiv engagieren. Ich habe vorhin die Bereitschaftspolizei herausgegriffen. Der Dank gilt natürlich allen Beamtinnen und Beamten sowie den Angestellten in der Polizei. Ihnen allen wünsche ich eine Besserung der Situation.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. Sie haben mit Ihrer Rede punktgenau geendet. Das soll hier lobend vermerkt werden. – Als Nächster ist Herr Kollege Ländner von der CSU dran. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Manfred Ländner (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrte Frau Kollegin Gottstein, herzlichen Dank dafür, dass Sie dieses Thema zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde gemacht haben, auch wenn das "aktuell" vielleicht in Klammern gesetzt werden kann. Die Debatte gibt dem Hohen Haus Gelegenheit, allen Beteiligten für die Bewältigung der großen Herausforderungen in den vergangenen Wochen und Monaten ein aufrichtiges Wort des Dankes zu sagen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das habe ich gerade gemacht!)

Unser besonderer Dank gilt den Einsatzkräften unserer bayerischen Polizei, die seit Monaten Herausragendes leisten.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hatten ein planbares Ereignis, den G-7-Gipfel. Gegenwärtig haben wir es mit einer Herausforderung zu tun, deren Ausmaß sicherlich nicht nur die Politik, sondern auch die Polizei und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes überrascht hat. Die hohe Zahl der Flüchtlinge ist eine Herausforderung, mit der das Ehrenamt und das Hauptamt, die Beamtinnen und Beamten, der Bayerische Landtag und viele weitere Lebensbereiche täglich konfrontiert sind und die von allen Beteiligten hervorragend gemeistert wird. Ich möchte hier auch einmal sagen: Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist eine großartige Anstrengung der gesamten Bevölkerung Bayerns, seien es nun Beamtinnen und Beamte oder ehrenamtlich Tätige. Auch hier ein aufrichtiges "Vergelt's Gott" an alle, die sich beteiligen!

(Beifall bei der CSU)

Ja, sehr geehrte Frau Kollegin Gottstein, es ist richtig: Die Grenzen der Belastung der bayerischen Bereitschaftspolizei sind erreicht. Diese Belastung wird dadurch bewältigt, dass in der bayerischen Polizei ein Korpsgeist herrscht, der zwar manchmal auch politisch hinterfragt wird, aber dass es einen Zusammenhalt gibt, der besagt: Jawohl, wir schaffen das. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Freistaates Bayern bewältigen diese Situation, und sie fragen natürlich mit Recht: Was macht die Politik?

Damit komme ich zum Klammersatz: Aktuell ist es nicht. Aktuell war es letzten Freitag, als der Ministerrat – danke noch einmal unserem Innenminister Joachim Herrmann – 500 neue Stellen für die Polizei und 80 Stellen für Angestellte beschlossen hat, um Einstellungen und Verstärkungen der Einsatzkräfte weiter voranzubringen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten alle einmal das Bulletin nachlesen, das in der Kabinettsitzung beschlossen wurde. Viele andere Stellen wurden auch beschlossen. Das ist gut so. Frau Kollegin Heckner wird noch darauf eingehen.

Wir zeigen der Polizei, dass wir auch im fiskalischen Bereich zu ihr stehen, auch indem wir Haushaltsmittel in die Hand nehmen, um neue Stellen zu schaffen. Das ist gut so, und das wollen wir so.

Sie haben die Bundesrepublik angesprochen. Polizei ist schon seit vielen Jahrzehnten Ländersache. So steht es im Grundgesetz. Die einzelnen Bundesländer handeln natürlich unterschiedlich. Wir haben als Bayern zwar die Freude, die anderen Bundesländer im Länderfinanzausgleich finanziell zu unterstützen – ich glaube, aktuell mit 4 Milliarden Euro –, wir können aber die anderen Bundesländer nicht dazu verpflichten, diese Mittel zu bestimmten Zwecken einzusetzen. Es wäre für unseren Innenminister schön, wenn er sagen könnte: Liebe Freunde Innenminister der anderen Bundesländer, stellt auch ihr mehr Polizisten ein. Das machen sie halt nicht. Da stehen wir als Bayern einsam da. Wir bezahlen 4 Milliarden Euro, aber was damit gemacht wird, ist Ländersache, Sache der Regierungen der jeweiligen Länder.

Wir müssen aufgrund der Bund-Länder-Gesetzgebung natürlich andere Bundesländer unterstützen. Das tun wir, wobei der Schwerpunkt aber eindeutig auf dem Einsatz hier in Bayern liegt. Ich denke, wir bewältigen diese Einsätze hervorragend.

Wenn es Kritik gibt – auch ich gestatte mir, diese Kritik einmal im Hohen Haus zu formulieren –, dann sollte man vielleicht einmal überdenken und überlegen – das muss aber die Polizeiführung machen –, ob zum Beispiel für jedes Drittligaspiel unbedingt ein so hoher Einsatz an Kräften erforderlich ist.

(Beifall der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Aber ich bin sicher, dass das Innenministerium hierüber in guten Gesprächen mit den polizeilichen Einsatzleitern ist. – Es sei mir gestattet, Herr Minister, das einmal so auszudrücken.

Tatsache ist, dass wir unsere Polizei seit vielen Jahren immer unterstützen. Die Polizei kann sich auf die Bayerische Staatsregierung und auf die CSU-Landtagsfraktion verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir kümmern uns um unsere Polizei auch dann, wenn dies keine mediale Aufmerksamkeit verspricht, so wie in der Aktuellen Stunde.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin manchmal auch nicht besonders glücklich, wenn mediale Aufmerksamkeit im Hinblick auf unsere Polizei dadurch erzielt werden soll, dass man Polizeibeamte ständig vor den Kadi zieht. Wenn jemand falsch gehandelt hat – das haben wir hier im Hohen Haus schon oft besprochen –, dann sind Staatsanwaltschaft und Gericht zuständig, und dann muss verfolgt werden, aber nicht ständig.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

– Nicht von den FREIEN WÄHLERN, Frau Gottstein. – Unsere Beamtinnen und Beamten beklagen, dass sie bei jedem Einsatz mit einem Bein in der Presse bzw. vor dem Kadi stehen; denn irgendjemand ist immer da, der mit der Kamera herumläuft und versucht, die Polizei in den Schmutz zu ziehen, sodass wesentliche Teile des polizeilichen Einsatzes darauf gerichtet sind, zu dokumentieren und zu beweisen, dass man richtig handelt. Wir könnten uns in der polizeilichen Tätigkeit manches ersparen, wenn die Polizei nicht ständig – auch politisch motiviert – vor Gericht oder in die Medien gezerzt würde. Das muss ich sagen.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ständig! – Inge Aures (SPD): Hin und wieder, aber nicht ständig!)

– Vielleicht ist "ständig" nicht ganz richtig, aber hin und wieder und sehr häufig, gerade in manchen fränkischen Städten. Unterhalten Sie sich mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei Einsätzen.

(Inge Aures (SPD): Das machen wir schon!)

Sie werden ihnen genau erzählen, was Sache ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir stärken unsere Polizei und haben im Doppelhaushalt 2013/2014 bereits 936 neue Stellen für unsere Polizei ausgebracht. Wir werden mit dem aktuellen Nachtragshaushalt weitere 500 Stellen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte bzw. 80 neue Stellen für Angestellte im Polizeidienst schaffen. Peter Winter wird diesen Nachtragshaushalt heute im Laufe der Plenarsitzung noch vorstellen.

Wir sind bei der Internetkriminalität dabei, wir sorgen für Cyber-Sicherheit, und wir wollen natürlich auch Ausbildungsstellen schaffen. Im Gegensatz zu manch verbreiteter Meinung ist der Polizeiberuf nach wie vor ein attraktiver Beruf. Nach wie vor besteht ein Verhältnis von 1 : 6 zwischen Kolleginnen und Kollegen, die eingestellt werden, und Bewerbern.

Polizeibeamter ist ein attraktiver Beruf, nicht zuletzt auch durch die vielen Leistungen, die der Freistaat Bayern seinen Beamtinnen und Beamten bieten kann, was natürlich hier im Hohen Haus miteinander errungen wurde. Der Polizeiberuf ist also nach wie vor attraktiv, was junge Menschen motiviert, sich bei der bayerischen Polizei zu bewerben. Nichtsdestoweniger müssen wir uns natürlich ständig bemühen, sehr geehrte Damen und Herren, dass die Attraktivität dieses Berufes bestehen bleibt. Ich gebe Ihnen, Frau Gottstein, völlig recht – wir verstehen uns in diesen Dingen ja relativ gut –: Wir müssen sehr sorgsam mit der Lebensleistung dieser jungen Menschen umgehen. Ich glaube, sagen zu dürfen, dass wir dies in Bayern tun.

Schauen Sie sich Beförderungssituationen in anderen Bundesländern und hier bei der bayerischen Polizei an. Schauen Sie sich Einstellungssituationen an – ich wiederhole mich –: hier 500 neue Stellen. Schauen Sie sich die Unterkünfte an, in denen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ausgebildet werden. In Nürnberg haben wir erst vor wenigen Wochen Richtfest gefeiert, wir haben in Würzburg Einweihung gefeiert, viele Dinge mehr. Es ist also ein attraktiver Beruf in einem attraktiven Umfeld.

Ich komme jetzt zum Schluss, indem ich sage: Sehr geehrte Damen und Herren, ein attraktiver Beruf in attraktivem Umfeld bedarf auch politischer Unterstützung. Ich weiß, dass auch viele Kolleginnen und Kollegen, die nicht zur CSU gehören, hinter unserer Polizei stehen. Nur, lassen Sie uns das auch im täglichen Dienst sagen. Lassen Sie uns ein kräftiges "Vergelt's Gott" an unsere Beamtinnen und Beamte sagen, die die Herausforderungen meistern.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Professor Dr. Peter Paul Gantzer von der SPD das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es sehr, dass wir eine Aktuelle Stunde haben, wo wir über die Belastungen unserer Polizei sprechen, gerade in der derzeitigen Lage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Um diese genau einordnen zu können, müssen wir eine Analyse machen: Wie war es denn bis jetzt, bevor wir die Flüchtlingsproblematik hatten? Ich habe inzwischen mehr als 300 Dienststellen besucht, das heißt über drei Viertel der Dienststellen in Bayern. Wahrscheinlich bin ich der Einzige, der so viele besucht hat. Ich nehme jetzt mal die zwei letzten Dienststellen, die ich besucht habe; zwei in Regensburg, eine in Neu-Ulm: Ich stelle jedes Mal fest, dass die Soll-Zahlen und die Dienststärke weit auseinanderklaffen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das bedeutet für beide Polizeiinspektionen in Regensburg wie für die Polizeiinspektion in Neu-Ulm ein Minus von 20 %. Das heißt, wir sprechen von Unterbesetzung. Wir verzeichnen also schon jetzt eigentlich in jeder Dienststelle in Bayern eine Unterbesetzung.

Das wirkt sich bei den Überstunden aus; da kann man das genau nachvollziehen. Wenn Sie sich ansehen, wie viele Überstunden sich derzeit bereits bei den Dienststellen angesammelt haben, dann stellen Sie fest: Der Schnitt, der eigentlich bei 25 Überstunden liegen sollte – das hängt mit dem Schichtdienst zusammen, und da ist das normal –, liegt oft bei 100 Überstunden pro Beamten. Das ist einfach nicht mehr hinnehmbar.

(Zuruf von der SPD: Das ist die Arbeit der CSU!)

Aber: Bayern ist das sicherste Bundesland. Das heißt, unsere Polizei macht eine hervorragende Arbeit. Wir sind das sicherste Bundesland und verzeichnen die höchste Aufklärungsquote. Insofern muss man der Polizei schon für die Ist-Lage danken.

Das alles gerät jetzt durch die Flüchtlingsströme ins Wanken. Ich nenne Ihnen noch einmal die Zahlen: Alleine im September dieses Jahres sind mehr Flüchtlinge, nämlich 150.000, nach Bayern gekommen als in den Monaten Januar bis August dieses Jahres zusammen; da waren es – in Anführungszeichen – "nur" 130.000. Im Münchner Hauptbahnhof haben wir an den beiden ersten Wochenenden des letzten Monats je 20.000 Flüchtlinge empfangen.

Was heißt das für die Polizeiarbeit? – Das bedeutet, dass sie wirklich, wie es so schön heißt, am Limit ist. Ich zähle Ihnen mal die einzelnen Aufgaben auf, die die Polizei aufgrund der Flüchtlingsströme jetzt noch zusätzlich übernehmen muss: Ersterfassung der Flüchtlinge, Kontrolle bei den illegalen Grenzübertritten, Transport zu den Aufnahmeeinrichtungen, Abarbeitung der Schleuserangriffe, Schutz der Asylbewerber und Flüchtlingsheime, rechte Gewalttäter in Schach halten, Demonstrationsfreiheit gewährleisten; Gegendemonstranten ebenfalls das Demonstrationsrecht gewährleisten, dabei zugleich verhindern, dass beide Gruppen aufeinandertreffen; Auseinandersetzungen unter Flüchtlingen schlichten und schließlich Abschiebungen unterstützen.

All diese zusätzlichen Aufgaben bedeuten eine solche Mehrbelastung, dass wir uns wirklich fragen müssen: Wie schafft das unsere Polizei? Und jetzt kommt noch eines hinzu: Sie fordern auch noch Transitzone: Wer soll das denn noch regeln? Wie soll denn da noch die Ordnung durch die Polizei hergestellt werden?

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Wie wollen Sie das denn noch erreichen? - Wir sind doch schon jetzt überlastet – und dann wollen Sie noch Transitzone einrichten, die wahrscheinlich mit einem Zaun umgeben werden sollen, weil Sie dort ja erst mal Flüchtlinge – ich sage das jetzt in Anführungsstrichen – "einfangen" wollen,

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wo sind Ihre Lösungsvorschläge?)

um zu überprüfen, ob sie überhaupt ein Aufenthaltsrecht für Deutschland bekommen können. Ich halte das für einen ganz schlechten Weg. - Wir reden gerade über die Arbeit der Polizei, und das geht alles zulasten der Polizei, Frau Kollegin. Wie wollen Sie das denn alles gewährleisten?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann sagen Sie doch, wie man es lösen soll!)

- Reden Sie doch mal mit ihrer eigenen Polizeiinspektion Unterhaching, dann werden Sie schon hören, wie dort über die momentane Überlastung gejammert wird.

Was können wir also tun? Einige Vorschläge sind schon unterbreitet worden. Es gibt im Grunde zwei Möglichkeiten, für Abhilfe zu sorgen. Das ist zum einen die Hilfe technischer Art – so will ich es einmal nennen –, und zum anderen die Hilfe beim Personal.

Zunächst zur Hilfe technischer Art. Was wir schon lange fordern, was jedoch immer wieder im Innenministerium versackt und was der Innenminister leider nicht aufnimmt: Wir sollten die Polizei endlich von polizeifremden Aufgaben entlasten. Wie lange fordern wir schon, dass Schwer- und Großtransporte nicht mehr von der Polizei begleitet werden müssen?

(Beifall bei der SPD)

Es würde eine große Entlastung bedeuten, wenn ein Großtransport von einer Fabrik in Norddeutschland hin zu einem Werk in Bayern hier in Bayern nicht mehr von unserer Polizei begleitet werden müsste, mit Übergaben, Ablösungen usw. Das ist eine polizeifremde Aufgabe, die in anderen Ländern überhaupt nicht mehr von der Polizei wahrgenommen wird.

In diesen Bereich gehören auch Objektschutzaufgaben. Schauen Sie sich nur einmal an, wie viele Objekte es gibt, die alle von der Polizei bewacht werden. Wir haben doch gerade erst die Kooperationsvereinbarung mit den Sicherheitsdiensten getroffen. Sol-

che Aufgaben können die Sicherheitsdienste ohne Weiteres wahrnehmen; dafür brauchen wir nicht unsere Polizei einzusetzen.

Der zweite Bereich betrifft das Personal. Wir brauchen mehr Personal. Ich muss zunächst unseren Freistaat Bayern loben, weil er nicht der Tendenz anderer Länder gefolgt ist und Stellen bei der Polizei abgebaut hat.

(Zuruf von der CSU: SPD-Länder!)

Wir haben bei der Polizei Neueinstellungen vorgenommen; wir haben dafür gesorgt, dass wir hier einen guten Standard haben, wenn es auch noch nicht gut genug ist, das sage ich ausdrücklich. Aber das, was Sie sich zuerst überlegt haben, nämlich pensionierte Polizeibeamte als Datenerfassungskräfte aktivieren zu wollen – das war ja wohl ein Flop! Die pensionierten Polizeibeamten, mit denen ich gesprochen habe, haben gesagt: Ich dachte, ich kann zurückkommen und wirklich helfen. Es kann ja wohl nicht sein, dass ich nur Schreibkraft sein soll.

Insofern begrüßen wir, dass Sie gesagt haben: Wir stellen 500 Polizeibeamte ein und zudem 80 Tarifbeschäftigte, also Angestellte im Polizeidienst. Wenn wir allerdings die 500 Polizeibeamten jetzt einstellen – Herr Ländner, das wissen Sie auch –, dann sind die erst in drei Jahren mit der Ausbildung fertig. Das hilft uns in der derzeitigen Lage daher überhaupt nicht.

Ich finde es grundsätzlich richtig, 500 Polizeibeamte einzustellen; wir brauchen sie, unabhängig von der Flüchtlingssituation – aber wir brauchen vor allem dringend sofortige Hilfe. Diese sofortige Hilfe könnte von Tarifbeschäftigten kommen, also Angestellten im Polizeidienst.

Diese Kräfte könnten die notwendigen Erfassungs- und Schreibarbeiten erledigen. Das sind keine typischen Polizeiaufgaben, die der Polizeibeamte selber erledigen muss. Wichtig ist vor allem, dass diese Maßnahme sofort erfolgen könnte. Wir könnten solche Angestellten sofort einsetzen.

Deshalb ist die vorgesehene Zahl von 80 Kräften viel zu wenig. Wir selber haben im Haushaltsantrag vorgeschlagen, 182 Polizeikräfte einzustellen, die GdP hat 200 Kräfte gefordert. Das scheint mir die bessere Anzahl zu sein, weil damit eine echte Entlastung der Polizei selber erfolgen kann. Es ist ja schon jetzt der Fall, dass unsere Tarifbeschäftigten bei der Arbeit in den Polizeiinspektionen einen großen Aufgabenbereich abdecken. Leider wird dies jedoch viel zu wenig gewürdigt. Diese Kräfte werden auch schlecht bezahlt.

Trotzdem wäre diese Sofortmaßnahme der richtige Weg, der Polizei entsprechende Entlastung zu verschaffen. Deswegen fordere ich Sie auf, Herr Minister: Legen Sie etwas drauf! Nur 80 Kräfte sind zu wenig. Vielleicht treffen wir uns in der Mitte und einigen uns auf 160. Das wäre der richtige Ansatz.

Lassen Sie mich schließen mit einem Dank an unsere Polizei. Dieser Dank bezieht sich nicht nur auf das, was sie macht – nämlich für die Sicherheit in Bayern zu sorgen –, sondern er bezieht sich auch darauf, wie sie das macht. Ich habe, wie gesagt, viele Polizeidienststellen besucht, gerade im Osten unseres Landes. Dabei ist mir eines aufgefallen, und darauf bin ich wirklich stolz. Das ist nämlich die Tatsache, dass unsere Polizei diese Arbeit sehr souverän erledigt. Da gibt es keine Ausfälle gegenüber den Flüchtlingen. Ich habe hier kein negatives Wort gehört.

(Zuruf von der SPD: Gute Ausbildung!)

Die Polizei verrichtet die Arbeit souverän und staatsbürgerlich. Unsere Polizisten sind Staatsbürger in Uniform, die eine hervorragende Arbeit machen. In diesem Sinne von unserer Fraktion einen herzlichen Dank an die Polizei!

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Kollegin Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die bayerische Polizei hat sehr viel zu tun. Aber gleichzeitig möchte ich feststellen, dass die bayerischen Polizistinnen und Polizisten nicht erst seit August 2015 tagtäglich ein riesiges Arbeitspensum abarbeiten. Das Jahr 2015 mit dem Sicherheits-Overkill G-7-Gipfel ist sicher ein besonders heftiges Jahr für die bayerische Polizei. Da hätte man mit einer anderen Einsatzplanung sicherlich einige Ressourcen sparen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz der hohen Arbeitsbelastung arbeiten die Polizistinnen und Polizisten effizient und konzentriert. Deshalb möchten wir als GRÜNEN-Fraktion ein herzliches Dankeschön für den unermüdlichen Einsatz der Polizistinnen und Polizisten aussprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns GRÜNE ist klar: Die Polizei braucht einen guten finanziellen Unterbau und ausreichend Personal, um die ihr gestellten Aufgaben auch abarbeiten zu können. Aber das allein, nur die Bereitstellung finanzieller Mittel, ist kein Allheilmittel. Solche Mittel auszuschütten wie mit der Gießkanne, das wird auch in Zukunft nicht reichen. Wir GRÜNEN finden, dass die bayerische Polizei dringend eine Aufgabenkritik braucht. In den vergangenen Jahren wurde sie mit immer mehr und neuen Aufgaben konfrontiert, die sie wahrnehmen muss. Hier muss man jetzt einmal politisch priorisieren und entscheiden, welche Aufgaben vordringlich bearbeitet gehören.

Dazu stelle ich mir schon einige Fragen: Warum müssen beispielsweise Polizistinnen und Polizisten auf den bayerischen Straßen jede Nacht Schwertransporter begleiten? – Diese Aufgabe kann man prima einem privaten Unternehmen unter festgelegten Vorgaben übertragen, und das würde zum Beispiel zu einer massiven Entlastung der Polizeikräfte führen. Außerdem frage ich mich, warum wir in Bayern nicht auch ein Pilotprojekt wie in NRW durchführen können, bei dem die Fußballspiele nach dem Risiko

definiert werden, damit nicht immer Hunderte von Einsatzkräften bei unkritischen Fußballspielen dabei sein müssen. Auch das würde Ressourcen schonen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich erwähne jetzt einen Punkt, weil er sehr aktuell ist: Wann stellen wir endlich die Strafverfolgung von Konsumentinnen und Konsumenten geringer Cannabismengen ein, wie es das Bundesverfassungsgericht schon 1994 beschlossen hat? - Wir GRÜNE haben erst gestern im Innenausschuss einen diesbezüglichen Antrag eingebracht und debattiert. Die CSU-Fraktion lehnt das ab, obwohl mittlerweile selbst Gewerkschafter der Polizei sagen: Ja, genau, das würde uns von Bürokratie entlasten und zusätzliche Ressourcen freistellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mit diesen Ressourcen könnten sich unsere bayerischen Polizistinnen und Polizisten dann um die Aufgaben kümmern, die im Moment wirklich vordringlich sind. Das ist zum Beispiel die Bekämpfung des Anstiegs rechter Gewalt in Bayern, das Thema islamistischer Terrorismus und das große Thema Cyberkriminalität. Hier braucht die Polizei Unterstützung, und zwar auch vom Freistaat Bayern.

Neben einer Umschichtung der Ressourcen ist es aber auch wichtig, dass sich der Freistaat Bayern als Arbeitgeber darüber Gedanken macht, wie man anerkennen kann, was für gute, sinnvolle und sinnstiftende Arbeit die Polizistinnen und Polizisten für uns als Gesellschaft leisten. Dazu gehört zum Beispiel eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Außerdem brauchen wir solche einfachen Dinge wie endlich die Verdoppelung der Ballungsraumzulage und die Erhöhung der Erschwerniszulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten auf fünf Euro. Das alles sind Punkte, die wir GRÜNEN schon seit Jahren fordern, wobei wir aber leider immer wieder an der Verbohrtheit der CSU scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn ich mit Polizistinnen und Polizisten vor Ort spreche, sind das sehr oft die Punkte, die sie mir nennen und von denen sie sagen, damit würden sie von der Polizeiarbeit entlastet und erhielten eine Anerkennung ihrer Arbeit. Gleichzeitig höre ich von ihnen auch immer wieder, dass sie diesen Beruf gewählt haben, weil sie die Ausübung der Grundrechte für die Bürgerinnen und Bürger garantieren und etwaige Gefahren abwenden wollen. Ich finde, wir müssen sie genau dabei unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Heckner von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Ingrid Heckner (CSU):** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Aktuelle Stunde gibt uns allen noch einmal die Gelegenheit, uns bewusst zu machen, was der öffentliche Dienst insgesamt in dieser historischen Situation bei der großen Menge an Flüchtlingen leistet. Ich möchte mich ausdrücklich dem Dank anschließen, der unserer bayerischen Polizei von allen Fraktionen ausgesprochen wurde. Wir erleben in unseren Kontakten, mit welcher großer Empathie unsere gut ausgebildete Polizei auf die Flüchtlinge eingeht und mit ihnen arbeitet.

Nichtsdestoweniger möchte ich heute auch auf all die anderen Bereiche im öffentlichen Dienst hinweisen, damit nicht der Eindruck entsteht, nur die Polizei leistet Gewaltiges. Der gesamte öffentliche Dienst befindet sich am Limit, und aus diesem Grund seid ihr mit dem Hinweis von Herrn Professor Dr. Gantzer, die Staatsregierung solle handeln, nicht ganz aktuell; denn die Staatsregierung hat gehandelt.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Sonderprogramm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" ist seit dem 09.10. klar, mit welchem gewaltigen finanziellen Aufwand unsere Staatsregierung und die CSU-Fraktion den Aufgaben gerecht werden will. Es sind alle Bereiche betroffen – die Sozialverwaltung, die Kommunen, die innere Verwaltung, die Verwaltungsgerichte

und der sehr große Bereich unserer Schulen. Was hier alles geleistet wird, wird von uns anerkannt, und es wird auch entsprechend reagiert. Dieses Sonderpaket enthält 5.449 neue Stellen. Es entspricht der gewohnten Oppositionsrhetorik, überall noch mehr zu fordern. Wir müssen aber darauf achten, dass wir jetzt eine schnelle Reaktion schaffen und schnell entlasten können, damit wir all diesen Dingen, die wir auch alle möchten – Planbarkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf -, gerecht werden können.

In der Justiz wurden insgesamt 260 Stellen geschaffen. In der Bildung wurden wiederum 1.079 neue Stellen geschaffen, um die Integration zu fördern; denn uns allen ist klar, dass wir bei den Kindern beginnen müssen. Wenn Integration gelingen soll, muss sie so früh wie möglich beginnen, das heißt in unseren Schulen. Unsere Lehrkräfte haben das bislang alles ohne zusätzliches Personal hervorragend und vorbildlich gemeistert und werden jetzt sicherlich qualitativ noch besser einsteigen können und die Integrationsaufgabe lösen.

Lieber Herr Kollege Pohl, gestern wurde im Haushaltsausschuss Ihr Antrag auf Schaffung 50 neuer Stellen bei den Verwaltungsgerichten abgelehnt. In diesem Zusammenhang darf man vielleicht darauf hinweisen, dass das Paket der Staatsregierung die Schaffung von 26 Stellen für Verwaltungsrichter und 26 Stellen für nicht richterliches Personal vorsieht. Außerdem ist ein Pool von 40 Stellen vorhanden, der situationsbezogen dort hinkommen soll, wo es am nötigsten ist. Es ist deshalb eine Unverschämtheit von Ihnen, auf Facebook herumzupalavern, die CSU hätte Ihren Antrag abgelehnt,

(Beifall bei der CSU – Zurufe: Bravo!)

weil sie nicht an einer effizienten und raschen Bearbeitung von Asylanträgen interessiert sei.

(Zuruf bei den FREIEN WÄHLERN: Ja, stimmt es nicht?)

– Natürlich, wir können ja auch lesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hören in wenigen Minuten eine Regierungserklärung, nach der über alle diese Punkte noch einmal ausführlich diskutiert wird. Ich bitte zu sehen, mit welcher großen Kraftanstrengung Bayern hier vorangeht, und zwar auch als Vorbild für andere Bundesländer und die Bundesregierung.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat nun der Herr Kollege Dr. Florian Herrmann von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Florian Herrmann (CSU):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in dieser Aktuellen Stunde sehr ausführlich und sehr intensiv zugehört und muss bei den Beiträgen der Opposition zu dem Ergebnis kommen, dass ich leider wieder nichts Neues gehört habe.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Es war eine Situationsbeschreibung und eine Diskussion oder eine Debatte auf dem Niveau, das man eher von der Wursttheke in der Metzgerei kennt: Darf es ein bisschen mehr sein? - Das ist intellektuell nicht besonders herausfordernd, und Sie stehen auch nicht in der Verantwortung für solide Staatsfinanzen. Für mich steht deshalb fest: Die Opposition in Bayern bleibt eine Opposition der Ideenlosigkeit und des Nörgelns.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Jawohl!)

Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass Bayern das sicherste Bundesland ist. Wir haben die geringste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote in Deutschland zu verzeichnen. Schülergruppen sage ich immer wieder: Wenn ihr Verbrecher werden wollt, tut das nicht in Bayern. Verbrechen sind in Bayern kein gutes Geschäftsmodell.

Wie uns die Zahlen zeigen, führt das zu einer hohen objektiven Sicherheit in Bayern. Es führt aber auch zu einem hohen subjektiven Gefühl der Sicherheit bei den Menschen; das ist wichtig, damit sie gerne hier leben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein zentraler Grund ist die gut ausgebildete, gut weitergebildete, gut ausgestattete und vor allem hoch motivierte, hervorragende bayerische Polizei. Dem Dank, der schon geäußert wurde, schließe ich mich natürlich an. Meine Damen und Herren, das kommt aber alles nicht von selbst, sondern ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen, konsequenten Politik der inneren Sicherheit in Bayern: Deeskalation durch Stärke und konsequente Strafverfolgung. Das ist das Gegenteil von dem, was Frau Kollegin Schulze heute dargestellt hat, nämlich die Bagatellisierung bestimmter Straftaten. Das Verbot von Tüten, die man tragen kann, und das Erlauben von Tüten, die man rauchen kann, ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Konsequenz einer gelungenen Integration, über die wir sicherlich heute im Hohen Hause noch ausführlich sprechen werden. Wir haben keine Bandenstrukturen, keine Parallelgesellschaften und keine Paralleljustiz in unserem Land. Wir müssen dafür sorgen, dass das in Zukunft auch so bleibt. Darum fordern wir Sie auf, sich unserem Weg in der Asylpolitik anzuschließen.

Wir haben einen hohen Rückhalt in der Bevölkerung. Dies kann man den Aussagen der Polizisten aus anderen Bundesländern entnehmen, die beim G-7-Gipfel im Einsatz waren. Sie waren vom positiven Zuspruch der Bürger zu ihrem Einsatz und ihrer Arbeit überrascht. Die bayerische Polizei hat einen hohen Rückhalt in der bayerischen Politik, jedenfalls bei der Staatsregierung und bei der CSU-Fraktion. Wir stehen zur Polizei, und wir kennen sehr genau die Belastungen unserer Beamten und sind entsprechend aufgestellt. Herr Manfred Ländner hat das bereits ausgeführt. Denjenigen von Ihnen, deren Parteifreunde in anderen Bundesländern in der Verantwortung stehen, kann ich nur sagen: Sorgen Sie dafür, dass dort keine Polizeistellen abgebaut, sondern wie bei uns neue Polizeibeamte eingestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Für uns gilt aber auch: Vertrauen statt Misstrauen. Leider sind Ihre Beiträge in dieser Debatte scheinheilig, weil Wort und Tat auseinanderfallen. Das sage ich insbesondere in Richtung der GRÜNEN, bei denen Misstrauen gegenüber der Polizei im Vordergrund steht.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Sie sind scheinheilig!)

Allein in dieser Legislaturperiode gab es 350 Schriftliche Anfragen der Oppositionsfraktionen im Zusammenhang mit dem Stichwort Polizei. Davon fielen 150 allein auf die GRÜNEN.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Erst am Wochenende hatten wir in der Landtagspost eine Kaskade von Anfragen zum G-7-Gipfel. Sie versuchen immer, das Haar in der Suppe zu finden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wir sind fleißige Parlamentarier! Wir arbeiten was!)

Sie bringen es einfach nicht über das Herz und über die Lippen zu sagen: Der G-7-Gipfel war sehr erfolgreich.

(Beifall bei der CSU – Ulrike Gote (GRÜNE): Sie sollen nicht unsere Arbeit bewerten!)

Meine Damen und Herren, dafür spannen Sie nicht nur die Ministerien und die Ministerialbeamten ein, sondern – das ist der eigentliche Skandal – erzeugen auch schlechte Stimmung bei den Beamten.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ein Gespräch mit der DPoIG-Jugend vor einigen Wochen hat ergeben, dass die Anfragen, insbesondere von Ihnen, Frau Schulze, die Beamten unmittelbar belasten.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

Kritische Anfragen aus dem Landtag zu jedem Einsatz, den ein Beamter macht, werden nicht nur im Innenministerium bearbeitet, sondern gehen hinunter bis zu dem Beamten, der im Einsatz war. Der Beamte erhält den Eindruck, dass er für seine Arbeit Misstrauen erntet und in die rechte Ecke gestellt wird. Er muss sich ununterbrochen rechtfertigen. Können Sie sich vorstellen, welche Auswirkungen das auf den einfachen Beamten hat und wie seine künftige Einsatzmotivation aussehen wird? - Das ist die Rückmeldung, die ich bei vielen Gesprächen mit der Polizei bekomme.

(Beifall bei der CSU)

Das Gleiche gilt auch für die SPD-Anfragen zu den USK-Einsätzen in Mittelfranken. Das ist eine verdrehte Welt, die nicht mit dem zusammenpasst, was Kollege Professor Gantzer heute gesagt hat.

Ich kann nur sagen: Wir stehen hinter der Polizei. Das zeigt der heutige Nachtragshaushalt. Mit 500 neuen Beamtenstellen und 80 zusätzlichen Tarifstellen ist das ein starkes Paket. Das nenne ich Handeln. Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben ihre Hausaufgaben gemacht. Die Opposition muss noch nachsitzen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Letzter hat Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere bayerischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stehen in diesem Jahr und insbesondere in diesen Wochen bei ihrer Arbeit unter einer enormen Belastung. Das gilt – das will ich ausdrücklich sagen – auch für die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei, für diejenigen, die normalerweise ihren Dienst in Bayern verrichten, und für diejenigen, die aufgrund der aktuellen Situation aus anderen Bundesländern hergeschickt werden.

Schon der G-7-Gipfel auf Schloss Elmau war der bislang wohl größte Einsatz der bayerischen Polizei. Dank der hervorragenden Zusammenarbeit aller polizeilichen und nicht polizeilichen Einsatzkräfte von Bund, Ländern und auch dem Nachbarland Österreich sowie unserer hoch motivierten Beamten haben wir den Gipfel erfolgreich bewältigt.

Frau Kollegin Schulze, an dieser Stelle möchte ich Ihnen deutlich sagen: Aus meiner Sicht ist es unverschämt und skandalös, im Zusammenhang mit diesem großartigen Einsatz rund um Elmau das Wort "Overkill" zu verwenden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine Unverschämtheit gegenüber allen eingesetzten Polizeibeamten. Laut der internationalen Presse war es der friedlichste G-7-Gipfel, den es aufgrund des erfolgreichen Einsatzes der deutschen Polizei seit Jahren weltweit gegeben hat.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, insgesamt leistet unsere Polizei auch in dieser extrem schwierigen Situation eine höchst erfolgreiche Arbeit. Das gilt für Tausende von Alltagssituationen. Das gilt auch für das Oktoberfest in München. Nach wie vor können die Menschen in Bayern sicherer leben als anderswo. Deshalb spreche ich an dieser Stelle in erster Linie ein ganz herzliches Dankeschön an unsere bayerische Polizei und auch an die Kollegen der Bundespolizei für diesen großartigen Einsatz aus. Trotz der extremen Belastungen haben die Einsatzkräfte dank der hohen Motivation ein großartiges Ergebnis erzielt. Meine Damen und Herren, vielen Dank an unsere Polizei!

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich müssen wir als Staatsregierung dafür sorgen, dass wir unsere Polizei nicht überlasten, sondern entlasten. Dazu trägt vor allen Dingen die konsequente Personalpolitik in der Staatsregierung bei. Seit Antritt unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer hat die bayerische Polizei über 2.000 neue Stellen erhalten. Wenn

man diese mit den Stellen zusammenzählt, die mit dem Nachtragshaushalt geschaffen werden sollen, sind das über 2.100 echte Stellen und über 2.000 neue Ausbildungsstellen. Das ist einmalig in ganz Deutschland. Keine andere Polizei in Deutschland ist in den letzten Jahren zusätzlich so stark ausgestattet worden wie die bayerische Polizei. Es ist gut, dass endlich die Bundespolizei auch zusätzliche Stellen erhält. In anderen Bundesländern ist die Polizei abgebaut worden. Wir stehen zu unserer Polizei. Keine andere Landesregierung sorgt für eine so gute Ausstattung und personellen Nachwuchs der Polizei wie die bayerische. Ein herzliches Dankeschön an unsere Kolleginnen und Kollegen im Kabinett, an unseren Ministerpräsidenten und die Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktion.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir stehen zu unserer Polizei. Wir werden weiterhin alles dafür tun, dass sie eine konsequente und erfolgreiche Arbeit leisten kann.

Lieber Herr Kollege Professor Gantzer, Sie haben sich bemüht gefühlt, das Thema der Transitzone einzuführen. An dieser Stelle möchte ich Ihnen sagen: Das war ausnahmsweise – das möchte ich Ihnen zugutehalten – ziemlich daneben. Ja, es geht um einen konzentrierten Einsatz zum besseren Schutz unserer Grenzen und um eine Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge, die in unser Land kommen. Unterm Strich wird die Arbeit dadurch jedoch nicht mehr. Wir haben eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen, deren Ausweise kontrolliert werden müssen, um festzustellen, ob sie berechtigt sind, hierzubleiben. Diejenigen, die keine Berechtigung haben, hierzubleiben, müssen alsbald wieder außer Landes gebracht werden. Der Sinn des Ganzen ist es, dass sich die Kontrollen nicht über Wochen und Monate hinziehen und über ganz Deutschland verteilt werden, sondern konzentriert an der Grenze oder in der Nähe der Grenze stattfinden.

Das wird Aufgabe der Bundespolizei und des Bundesamtes sein. Aber unter dem Strich wird die Arbeit dadurch nicht mehr, sondern sie wird konzentrierter und effizien-

ter durchgeführt. Meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Gantzer, deshalb ist Ihre Rechnung falsch, dass durch die Einrichtung solcher Transitzone eine zusätzliche Arbeitsbelastung für die Polizei entstünde. Wenn es die Bundespolizei und das BAMF richtig anpacken, wird die Arbeit für die bayerische Polizei sogar weniger, meine Damen und Herren. Das ist zwar nicht der Hauptzweck dieser Transitzone; aber Ihre Argumentation geht völlig daneben, lieber Herr Kollege Gantzer.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es besteht kein Zweifel daran: Die momentane extreme Belastung der Polizei in unserem Land und in anderen Ländern und der Bundespolizei, aber auch vieler anderer Einsatzkräfte, kann nur dauerhaft reduziert werden, wenn es uns gelingt, die extrem hohen Flüchtlingszahlen zu reduzieren.

(Hans Herold (CSU): So ist es!)

Der Herr Ministerpräsident wird Ihnen gleich erklären, was dazu notwendig ist. Ich sage aber schon an dieser Stelle deutlich: Wir, die Bayerische Staatsregierung und die Mehrheit in diesem Landtag, stehen ganz klar zu diesem Ziel. Wir müssen die Flüchtlingszahlen reduzieren, weil sie für unsere Polizei, aber auch für viele andere in unserem Land, auf Dauer insgesamt eine Überlastung darstellen. Deshalb müssen wir dieses Thema jetzt angehen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.